



Im Januar und Februar waren Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands der GdP im Austausch mit politischen Vertreterinnen und Vertretern der SPD ...



... der CDU ...

Politischer Austausch mit Blick auf die Landtagswahl

Nach der niedersächsischen Kommunalwahl und der Bundestagswahl im letzten Jahr stehen 2022 vier Landtagswahlen an. Das Saarland wählt im März, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wählen im Mai und am 9. Oktober wählen die Bürger/-innen in Niedersachsen einen neuen Landtag.

Dietmar Schilff

Schon zur Kommunal- und Bundestagswahl haben wir uns als GdP eingebracht, Positionen beschrieben und Forderungen aufgestellt. Einiges wurde davon von der Politik aufgenommen und ist auch aktuell weiterhin in der Diskussion.

In der Februarausgabe des Landesjournals haben wir im Leitartikel einige, seit langer Zeit bestehende und auch für die Zukunft umzusetzende Schwerpunkte darge-

stellt. In Hinblick auf die Landtagswahlen am 9. Oktober 2022 haben wir die Parteien angeschrieben. In der Folge gab es auf Einladung von SPD, Grünen, FDP und CDU intensive Gespräche mit deren Vertretern/-innen. Auf den folgenden Seiten haben wir die aus GdP-Vorstandssicht sowie aufgrund von Beschlusslagen und Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft wichtigsten Punkte aufgeführt. Die Forderungen sind natürlich nicht abschließend und auch alle anderen Themen werden von der GdP weiter intensiv behandelt. Dazu gehören unter anderem:

Arbeitszeit, Gleichstellung, Menschen mit Behinderungen, Gesundheitsmanagement, Führungskultur, Demokratische Resilienz und Personalvertretungsrecht.

Die Gespräche mit der Politik fanden in ausgesprochener konstruktiver und angenehmer Atmosphäre statt. Allen Gesprächsteilnehmern/-innen wurde vonseiten der GdP sehr deutlich gemacht, dass bei der Polizei Niedersachsen weiterhin extremer Handlungsbedarf besteht. Die seit langer Zeit bestehende Forderung, dass es einen politischen Schwerpunkt „Innere Sicherheit“ mit einem außerplanmäßigen Budget geben müsse, wurde noch einmal konkretisiert.

In allen Gesprächen gab es in der Sache auch keinen großen Dissens, im Gegenteil. Alle unterstützen die Sichtweise der GdP nach Verbesserungsbedarf, um die Polizei in unserem Bundesland zukunftsfähig, moderner und zeitgerechter aufzustellen. Ebenso wird unsere Position in Bezug auf die Situation der Beschäftigten und zukünftigen Bewerber/-innen in allen Bereichen der Polizei in Niedersachsen geteilt. Sie müssen attraktiver und entsprechend der anderen Polizeien der Länder und des Bundes endlich besser bezahlt werden und es muss Perspektiven für eine persönliche Entwicklung geben. **Das ist zeitgerecht!**



... den Grünen ...

Foto: GdPN



... sowie der FDP.



FORDERUNGSKATALOG

Unsere Erwartungen an die Parteien zur Landtagswahl

Die Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022 scheint noch in weiter Ferne, ist aber schon sehr präsent. Um die Erwartungen der Polizeibeschäftigten nach besseren Rahmenbedingungen und stärkerer Attraktivität in die Parteiprogramme einfließen zu lassen, hat die GdP einen Forderungskatalog aufgestellt. Einige wichtige Punkte dieser nicht abschließenden Liste möchten wir hier vorstellen.

Felix Keldenich und Philipp Mantke

Polizeizulage erhöhen und Ruhegehaltsfähigkeit wieder einführen

Die Polizeizulage in Niedersachsen muss dringend erhöht und zudem wieder ruhegehaltsfähig werden. Der Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt, dass die Zulage in Niedersachsen am niedrigsten ist.

Monatliche Polizeizulage in Euro

228,00	Bund
161,69	BY
150,00	SN, SH
145,00	TH
139,50	BE
136,45	MV
135,46	SL
132,69	BW, RP
131,20	HE
130,56	NW
127,38	BB, HB, HH, NI, ST

Personalstärke ausbauen

Die Aufgaben nehmen weiter zu, Fallzahlen steigen, Ermittlungen werden umfangreicher und aufwendiger. Darum muss die Personalstärke der Polizei in Vollzug, Verwaltung und Tarif deutlich ausgebaut werden. Hier muss engagiert gehandelt werden, da gute Bewerber/-innen sich in der gesamten Bundesrepublik nach attraktiven Arbeitgebern umsehen und der Einsatz der Länder, „die besten Köpfe“ zu bekommen, in den nächsten Jahren noch intensiver, eventuell auch „mit härteren Bandagen“, geführt werden wird.

Klare gesetzliche Regelungen

Die Beschäftigten der Polizei brauchen klare gesetzliche Regelungen für die polizeiliche Arbeit. Bei Themen wie zum Beispiel der Vorratsdatenspeicherung oder der Aus- und Fortbildung von Diensthunden müssen rechtliche Gegebenheiten geschaffen werden, die allen Handelnden Rechtssicherheit geben.

Moderne Technik, Ausstattung und Ausrüstung

Für sichere und erfolgreiche Polizeiarbeit ist angemessene Technik, Ausstattung und Ausrüstung elementar. Es ist daher dafür zu sorgen, dass sie stets dem aktuellen Standard entsprechen. Die dauernde Modernisierung der digitalen Ausstattung betrifft unter anderem auch Diensthandys, die für alle Einsatz- und Ermittlungskräfte vorzuhalten sind.

Freisetzungsprogramm weiterführen

Das Freisetzungsprogramm ist mittel- und langfristig weiterzuführen. Möglich sind landesweit mindestens 650 Stellen im Bereich E 9 a bis E 13 und/oder A 9 bis A 13. Tarif- und Verwaltungsbeschäftigte müssen auf den Posten eingesetzt werden, die ihrer Qualifikation entsprechen. Vollzugskräfte, die derzeit auf administrativen Stellen arbeiten, können dann Tätigkeiten in der Einsatz- und Ermittlungsarbeit übernehmen.

Perspektiven für Verwaltung und Tarif verbessern

Die Perspektiven für Verwaltungs- und Tarifbeschäftigte müssen nachhaltig verbessert werden, damit Abwanderungen zu anderen Behörden oder in die freie Wirtschaft verhindert werden. Dafür müssen Entgelte und die Besoldung attraktiver und wettbewerbsfähig werden, es bedarf wieder der Einrichtung einer Polizeiverwaltungslaufbahn. Für Spezialbereiche wie die IT müssen Fachkräfte gezielt rekrutiert werden.

Rückführung prekärer Arbeitsverhältnisse im Reinigungsbereich

Die Ausgliederung von Reinigungsarbeiten an private Unternehmen, die Leistungen für



Bernd Fox (links) und Andreas Nünemann auf einem Symposium in Brüssel im Jahr 2018.

das Land Niedersachsen erbringen, führt zu prekären Arbeitsverhältnissen insbesondere für Frauen. Diese Verhältnisse müssen durch die Rückführung der fremd vergebenen Reinigungsleistungen in feste Beschäftigungsverhältnisse beendet werden.

Investitionsprogramm für polizeiliche Liegenschaften initiieren

Der Investitionsbedarf für polizeiliche Liegenschaften hat sich allein von 2019 bis 2021 von rund 127 Millionen auf 225 Millionen Euro gesteigert. Es muss dringend investiert werden, anstatt den Handlungsbedarf und die damit verbundenen Kosten weiter zu verschleppen und damit zu steigern.

127

Millionen Euro Investitionsstau in **2019**



225

Millionen Euro Investitionsstau in **2021**



Stellengefüge deutlich verbessern

In Anbetracht der gestiegenen Anforderungen bei der Polizei gilt das Stellengefüge im gehobenen und ehemaligen höheren Dienst mittlerweile als unzureichend und muss deutlich verbessert werden.

Wiedereinführung der freien Heilfürsorge, Anhebung von Sonderzahlungen

Die Alimentation für den Beamtenbereich ist insgesamt zu verbessern. Niedersachsen steht in vielen Bereichen, unter anderem bei DUZ, im Bundesvergleich auf den letzten Plätzen. Dazu gehört auch, die freie Heilfürsorge wieder einzuführen, die Anhebung der Sonderzahlung mindestens auf das Niveau der anderen Länder und auch die Einbindung der Pensionärinnen und Pensionäre. ■

FACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

Zwischen Abschied und Entsetzen

Seit der letzten – digitalen – Sitzung des Fachausschusses (FA) Kriminalpolizei im Juni 2021 hat sich einiges getan. Das langjährige Mitglied Bernd Fox hat sich in den Ruhestand verabschiedet und die jüngsten Äußerungen des Finanzministers ließen auch uns nicht ruhig bleiben.

Andreas Nünemann

Vorsitzender FA Kriminalpolizei

Leider konnte Bernd Fox nicht persönlich und „gebührend“ aus dem FA verabschiedet werden. Der Angehörige der Bezirksgruppe Osnabrück hat jahrelang hervorragend mit mir zusammengearbeitet und immer wieder Impulse und Unterstützung gegeben, sowohl polizeiintern als auch in unterstützenden Presseerklärungen und Auftritten vor dem Innenausschuss durch den FA-Kripo. Unter anderem hatte er eine aufwendige und Rechtsicherheit schaffende Exzelliste zur Verkehrsdatenspeicherung zusammengestellt bis die Rechtsprechung der höchsten Gerichte diese schließlich unmöglich machte. Sie wurde auch durch die Bundes-GdP in ganz Deutschland verteilt und wurde bis zum Ende noch in vielen Ermittlerbüros gesichtet. Vielen Dank, lieber Bernd, daher auch an dieser Stelle noch einmal für deine langjährige Zusammenarbeit und Unterstützung!

So langsam verjüngen sich glücklicherweise alle Bereiche, sodass die neuen Mitglieder im Fachausschuss, Henry Weigert, (PD BS), Sebastian Lüttkemöller (PD OS) und Patrick Neupert (PD H), bereits zur letzten Sitzung begrüßt werden konnten.

Personalnot im Ermittlungsbereich

Die viel zu dünne Personaldecke in allen ermittelnden Bereichen machen dem FA nach wie vor Sorgen. Insbesondere im Zuge der Strategischen Organisationsanpassung setzt sich bei allen Mitgliedern der Eindruck durch, dass in erster Linie im Interventionsbereich die Bedarfe befriedigt werden und

erst nachrangig die Stellen im Ermittlungsbereich. Treffend beschreibt es ein Mitglied: „Das Auffüllen der Wechselschichtdienste und der VEen sei die ‚Pflicht‘, für die Ermittler, die die ‚Kür‘ darstellen, gebe es nicht ausreichend Kapazitäten.“

Hinzu kommen noch weitere Schwierigkeiten, da die Faktorisierung für die Zuteilung von Kräften vielfach hinkt bzw. aus Sicht der FA-Kripo-Mitglieder schlicht unsauber berechnet wird. Eine hohe Anzahl von durch das Internet begangenen Straftaten werden einfach nicht gezählt, weil die Server im Ausland stünden und dadurch nicht in der Polizeilichen Kriminalstatistik berücksichtigt würden.

Entsetzen über Vergleich

Die durch den Fachausschuss geforderte Erschwerniszulage für die Auswertung sogenannten „kinderpornografischen“ Materials hat durch den Antwortbrief des Finanzministers Hilbers auf die Forderung durch den Innenminister Pistorius nach einer Zulage eine traurige Aktualität erlangt.

Hilbers meint, dass diese Arbeit mit der Polizeizulage abgegolten sei, die man ja unter anderem deshalb bekäme, weil man sich mit subjektiv ekelerregenden Menschen abgeben müsse (zum Beispiel Betrunkene oder sich Erbrechende).

Sowohl unser Landesvorsitzender Dietmar Schilff als auch ich haben uns in Interviews der Neuen Presse Hannover entsetzt über diesen Vergleich geäußert und feststellen müssen, dass der Finanzminister offensichtlich nicht ansatzweise weiß, welche psychischen Auswirkungen diese Arbeit auf die Ermittler*innen haben kann.

Man sieht, es bleibt weiterhin viel zu tun! ■



In einem Schriftwechsel mit Innenminister Boris Pistorius lehnte Finanzminister Reinhold Hilbers unter anderem eine Erschwerniszulage für das Durchführen von Leichenschauen ab und verweist auf die bereits bestehende Pauschalvergütung als Kostenerstattung für erhöhte Reinigungskosten.



Weitere Infos dazu auf www.gdpniedersachsen.de

POLIZEILICHE LEICHENSCHAU

Allgemeiner polizeilicher Alltag?

Nach der Ablehnung einer geringen Zulage für die Ermittlungsbereiche „Kinderpornografie“ und „Leichenschau“ durch Finanzminister Reinhold Hilbers und seinen Aussagen in diesem Zusammenhang, ist es an der Zeit, die täglichen Belastungen eines Angehörigen dieser Ermittlungsbereiche darzustellen. Boris Eisele, GdP-Mitglied und Polizeihauptkommissar in der Tatortgruppe der Polizeiinspektion Harburg, berichtet aus seinem täglichen Erleben.

Boris Eisele

Warnung: Der folgende Bericht beinhaltet die explizite Schilderung der Arbeit der Tatortgruppe im Umgang mit Leichen. Er kann verstörend wirken.

Alltag

16.15 Uhr

Ich stecke mit beiden Händen bis zu den Unterarmen in einer warmen Leiche. Von der Person ist lediglich eine wilde Zusammenstellung von Haut, Knochen und Innereien übrig geblieben. Um wenigstens das Geschlecht bestimmen zu können, suche ich zwischen den Gedärmen nach Hinweisen.

Ich halte kurz inne und frage mich, was ich hier eigentlich mache. Eine absolut surreale Situation. Wer macht so etwas? Jeder

normale Mensch müsste nach solch einer Handlung zum Psychiater. Zwischen Lunge und etwas, das wohl mal eine Niere war, finde ich den Nachweis: Es war ein Mann, der bei dem Verkehrsunfall auf der Autobahn zerfetzt wurde.

Ich fahre wieder auf die Wache, gehe in mein Büro und schließe die Tür. Ich blicke aus dem Fenster und denke über den Einsatz nach. Da wird auch schon die Tür aufgerissen. Die Kollegen beschweren sich (wieder einmal) über den Leichengeruch, den ich in die Dienststelle getragen habe.

19.33 Uhr

Das Telefon klingelt: Eine Leiche im Krankenhaus. „Zum Glück nur eine Krankenhausleiche“, denke ich. Hoffentlich nicht wieder eine Coronaleiche. Vor Ort teilt mir der Stationsarzt mit, dass die Patientin an ihrem Erbrochenen erstickt sei.

Ich gehe in das Krankenzimmer, nehme die mit Erbrochenem verschmierte Bettdecke und das Kopfkissen beiseite. Anschließend entkleide ich die Frau und versuche sie so gut wie möglich zu reinigen, um sie untersuchen zu können. Ich drehe die Patientin auf die Seite, um den Rücken in Augenschein nehmen zu können. Das Erbrochene läuft aus dem Mund der Frau und mir auf die Schuhe. Zum Glück habe ich ein Paar Ersatzschuhe in meinem Spind. Leider muss ich die kontaminierten Schuhe wegwerfen, in denen meine kleine Tochter so gerne herumgelaufen ist.

Ein anderer Tag

Ein 18-Jähriger hat sich von einem Zug überrollen lassen. Die neue junge Kollegin und ich fahren zu der Unglücksstelle. Es ist ihre erste Leiche. Ich bitte sie, sich abseits zu halten, ein paar Fotos zu fertigen und sich mit der Situation vertraut zu machen.

Ich gehe die 200 Meter lange Spur von Leichenteilen ab. Zum Glück sammelt der Bestatter die Überbleibsel ein. Dann treffe ich auf den aufgebrochenen Torso. Ich beuge mich herunter und diktiere, was ich dort sehe. Mein Handy rutscht mir aus der Brusttasche und fällt in die Leiche. Das Blut spritzt mir ins Gesicht und auf meine Kleidung. Die Kolleginnen und Kollegen um mich herum wenden sich angewidert ab.

Auf der Rückfahrt vom Einsatz frage ich die junge Kollegin, wie sie sich fühlt und wie sie die Situation empfunden hat. Sie erklärt mir, dass es interessant war und alles in Ordnung sei. Zu diesem Zeitpunkt weiß ich noch nicht, dass die junge Kollegin nicht lange bei der Tatortgruppe sein wird. Diese Leiche war einfach zu viel für sie.

Als ich zu Hause bin, gebe ich meine Kleidung gleich in die Waschmaschine.



Weitere Infos

Am 1. Februar führte Dietmar Schillf ein Gespräch mit Reinhold Hilbers zum Sachverhalt Erschwerniszulagen. Eine Info dazu gibt es auf gdpniedersachsen.de



Ich wasche sie immer separat und nicht mit der Wäsche meiner Kinder. Dazu gebe ich ein spezielles Waschmittel, welches Keime abtötet. So kann ich sie guten Gewissens wieder anziehen.

Geänderte Rechtslage

Seit der Einführung des neuen Bestattungsgesetzes im Juni 2018 haben die Tatortgruppen und Kriminaldauerdienste in Niedersachsen mit einer erheblichen Mehrbelastung an Todesermittlungen zu kämpfen. Aufgrund der neuen Meldepflichten kommt es außerdem vermehrt zu Leichenschauen bei Verstorbenen mit längerer Liegezeit und den damit verbundenen Verwesungserscheinungen wie zum Beispiel Fäulnis.

Leichenschau

Bei einer polizeilichen Leichenschau wird der Leichnam vollständig entkleidet. Der gesamte Körper sowie die natürlichen Körperhöhlen werden genau untersucht. Die verunreinigten Areale der Leiche, das Geschlechtsorgan sowie der Anus und der Mund-/Rachenraum, müssen abgetastet, eingesehen und begutachtet werden. Auch durch Innereien, Blut oder Erbrochenes bedeckte Körperareale müssen für die polizeiliche Leichenschau einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden. Leichen müssen gedreht, abgetrennte Gliedmaßen zugeordnet, angefasst und begutachtet werden.

Bei den Verstorbenen kommt es dabei oftmals zu einem Kot- oder Urinabgang sowie anderen situationsbedingten Kontaminationen.

Gesundheitsrisiken

Beim Umgang mit Leichen müssen die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen mit dem Aufkommen von Pilzkulturen, Viren, Bakterien und (Krankenhaus-)Keimen rechnen. Auch Folgeerscheinungen wie Larven, Fliegen und Maden sind im Rahmen der Leichenschau bei Verstorbenen mit längerer Liegezeit nicht ungewöhnlich.



Boris Eisele bei der Arbeit

Psychische Belastung

Die Arbeit mit Leichen stellt für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen eine hohe psychische Belastung dar. Viele Kolleginnen und Kollegen sind diesem psychischen Druck auf Dauer nicht gewachsen und verlassen die Einheiten wieder. Es bestehen landesweit erhebliche Probleme, neue Kolleginnen und Kollegen für diese Arbeit zu gewinnen.

Pauschale für Obduktionen

Der Kontakt mit Fäkalien, Blut, Körpergewebe und sonstigen Körperflüssigkeiten sowie Schädlingen lässt sich nicht vermeiden. Auch das Tragen eines Einmalanzuges schützt nicht vor den sich in der Kleidung festsetzenden Gerüchen. Dieses führt zu einem erhöhten Reinigungsaufwand der Bekleidung. Zu Recht erhalten die Ermittlerinnen und Ermittler der Kriminaldienste daher eine Pauschale für die Teilnahme an einer Obduktion von 7,67 Euro als Nebenkosten.

Diese Pauschale wird zur Abgeltung der Aufwendungen für die „Beschaffung von Mitteln zur Körperreinigung und Reinigung

der Bekleidung, Desinfektion, Geruchsbeseitigung, Geruchsüberlagerung etc.“ gewährt.

Fazit

Es ist nicht nachvollziehbar, warum für das Beiwohnen an einer Obduktion ein Pauschbetrag gewährt wird, nicht jedoch für direkte Tätigkeiten am kontaminierten Leichnam. Der Umgang mit kontaminierten Leichen geht weit über das berufstypische Maß hinaus. Zudem ist die Tätigkeit stark belastend und mit einem erhöhten Gesundheitsrisiko sowie Reinigungsaufwand verbunden.

Eine Erschwerniszulage wäre daher nicht nur eine Kompensationsmöglichkeit der entstandenen Aufwände, sondern vielmehr ein spürbares Zeichen der Wertschätzung der in diesem Bereich tätigen Beamtinnen und Beamten! ■

Anzeige

POK aus **Bremen** sucht
Tauschpartner aus Niedersachsen.

Kontakt:
andre.meins@polizei.bremen.de



3 FRAGEN AN ...

... den neuen Bundesjugendkassierer Niklas Herrmann

Im Rahmen der GdP-Bundesjugendkonferenz am 25. Januar ist Niklas Herrmann zum neuen Bundesjugendkassierer gewählt worden und übernimmt damit das Amt von seinem niedersächsischen Vorgänger Felix Rößger. Wir haben dem 27-Jährigen, der Angehöriger der PI besondere Dienste in Hannover ist, ein paar Fragen gestellt.

DP: Niklas, herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl! Du engagierst dich seit Jahren in der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Niedersachsen. Was motiviert dich dabei besonders?

Niklas: Vor allem der Kontakt mit anderen Kolleg*innen auf Bundesebene und der Austausch dabei motivieren mich schon seit Langem, auch über die Grenzen Niedersachsens hinaus, mich zu engagieren. Ich habe schon immer die Auffassung vertreten, dass nur das „Sich-Beschweren“ über Umstände, die einen stören, nicht ausreicht. Vielmehr sollte man die Dinge anpacken. Dazu bietet mir die JUNGE GRUPPE (GdP) die Möglich-

keit, über die ich sehr dankbar bin. Erfolge, wie u. a. die wieder gelebte Kommunikation mit der DGB-Jugend in unserem Bezirk NDS-HB-ST und der aus meiner Sicht erfolgreiche Bezirks- und Bundesjugendkongress, sind dann eine schöne Bestätigung der eigenen Arbeit und geben noch mal einen besonderen Motivationsschub.

DP: Welche Themen sind dir wichtig und was möchtest du in deiner Funktion auf Bundesebene vorantreiben?

Niklas: Vertrauen und Transparenz sind mir wichtig. Nur unter diesen Bedingungen ist unser neues Gremium in der Lage, die gute

Arbeit fortzusetzen. Dabei ist mir insbesondere die Kommunikation mit dem DGB wichtig und ich freue mich auf die Zusammenarbeit im Bund. Diese Kommunikation gilt es, weiter voranzutreiben. Zudem ist es mir ein Anliegen, die Arbeit des GBJV möglichst transparent an unsere Mitglieder spiegeln zu können und dahingehend die gute Arbeit des vorherigen Gremiums fortzusetzen.

DP: Warum ist es in deinen Augen wichtig, sich gewerkschaftlich zu engagieren?

Niklas: Unserer Gesellschaft droht, gerade in der aktuellen Pandemie, sich immer weiter zu spalten. Aus meiner dienstlichen Verwendung kriege ich gerade die aktuellen, dauerhaften Spaziergänge der Coronakritiker am eigenen Leib mit. Das ist eine zusätzliche Belastung und wir als Polizei stehen - mal wieder - zwischen den Fronten und dienen als Prellbock. Nur mit einer starken Gewerkschaft, wie wir es als JUNGE GRUPPE (GdP) und GdP generell sind, ist es möglich, die Probleme und Mehrbelastung der Kolleg*innen an die Entscheidungsträger heranzutragen.

Wir haben als JUNGE GRUPPE (GdP) Möglichkeiten, die wir nutzen sollten, um gerade unsere Generation innerhalb der Polizei würdig zu vertreten. Der Rechtsruck innerhalb der Gesellschaft wird auch die Polizei in vielerlei Hinsicht beschäftigen, da gilt es, klare Kante gegen Rassismus zu zeigen. Auch andere Themen, wie unter anderem der Klimawandel, werden uns erreichen und darauf müssen wir vorbereitet sein, um unsere Polizei für unsere und noch folgende Generationen vorzubereiten. Denn letztendlich sind auch wir es, die damit leben müssen.

DP: Vielen Dank für das Interview und alles Gute für das neue Amt! ■

Niklas Herrmann wurde im Rahmen des Bundesjugendkongresses als Kassierer in den Geschäftsführenden Bundesjugendvorstand gewählt. Foto: GdP / Kay Herschelmann





AKTIV IN DER NATUR DEUTSCHLAND, THÜRINGEN

Luisenthal

Waldhotel Berghof ****

7 Nächte im Doppelzimmer mit Frühstück

Anreise z.B. am 22.05.2022

Special: 7=6 Bonusnacht

Preis pro Person ab

ERF706 DZ F

339€



Zwischenverkauf und Druckfehler vorbehalten! Es gelten die Reise- und Zahlungsbedingungen der FTI Touristik GmbH.
FTI Touristik GmbH, Landsberger Str. 88, 80339 München



GdP - Touristik
Berckhusenstr. 133a
30625 Hannover
service@gdp-service.de
0511 530 380



ZEIT GERECHT

GdP-Landesdelegiertentag
vom 17. bis 19. Mai 2022

LANDESDELEGIERTENTAG 2022

Vorbereitungen in der Geschäftsstelle

Alle vier Jahre kommen mehrere Hundert Mitglieder der GdP Niedersachsen als Delegierte und Gastdelegierte zusammen, um Bilanz zu ziehen, die inhaltlichen Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit für die nächsten Jahre festzulegen und den Landesvorstand zu wählen. Der Landesdelegiertentag ist das wichtigste Gremium der GdP Niedersachsen und wohl auch das logistisch aufwendigste. Damit dabei alles rundläuft, ist die Geschäftsstelle bereits Monate im Voraus mit der Organisation und Planung beschäftigt.

Ganz im Sinne des diesjährigen Mottos „zeitgerecht“ haben sich vor dem 32. ordentlichen Landesdelegiertentag einige Abläufe grundlegend geändert und viele Routinen der letzten Jahre weichen der Modernisierung. In diesem Sinne steht die Organisation in diesem Jahr weitgehend unter dem Schlagwort „Digi-

talisierung“. Während in den letzten Jahren Hunderte Ordner mit tausenden Blättern Papier zusammengestellt wurden, geht es in diesem Jahr vor allem darum, die Inhalte und Abläufe in ein virtuelles Format zu überführen.

Für die Geschäftsführung und die sechs Mitarbeitenden der Geschäftsstelle bedeutet das, sich intensiv mit technischen Fragestellungen auseinanderzusetzen und den Umgang mit entsprechenden Anwendungen zu lernen. Von der Teilnehmendenverwaltung über die Präsentation der Anträge samt Anhängen bis zu den Wahlen wird in diesem Jahr alles über eine digitale Oberfläche organisiert, auf die die Delegierten vor Ort über ihre mobilen Endgeräte zugreifen können. Eine große Umstellung, die aber insgesamt vieles erleichtert und außerdem ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist.

Zu den Aufgaben, an denen sich nichts geändert hat, gehört indes die inhaltliche Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Zukunft. So werden die relevanten Themen der letzten vier Jahre für den Geschäftsbericht zusammengetragen und aufgearbeitet, die Anträge für die Antragsberatungskommission vorbereitet und anschließend in das neue System überführt. Auch die Logistik der Veranstaltung vor Ort muss geklärt werden. Schließlich müssen alle Teilnehmenden rechtzeitig eingeladen, angemessen untergebracht und gut gepflegt werden.

Und auch die Pandemie spielt natürlich eine Rolle: Da mittlerweile bekannt ist, dass bei kleinen und großen Veranstaltungen seit zwei Jahren nichts mehr sicher planbar ist, gilt es, ein Hygienekonzept und für den Fall der Fälle auch einen Plan B für eine hybride oder gänzlich digitale Variante zu erarbeiten, die dennoch satzungskonform ist. So hat die Coronapandemie einerseits einiges bei der Planung durcheinandergebracht, andererseits aber sicherlich auch den Fortschritt und Mut zu neuen Formaten gefördert, sodass einem zeitgemäßen und zeitgerechten Landesdelegiertentag 2022 nichts mehr im Wege steht. ■



Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Nicht angekündigte Artikel können nicht immer in der kommenden Ausgabe platziert werden.

Zuschriften für die übernächste Ausgabe 5/2022 können bis zum 29. März 2022 per E-Mail an redaktion@gdpniedersachsen.de übersandt werden. Vielen Dank.

DP – Deutsche Polizei
Niedersachsen

Geschäftsstelle
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
www.gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de